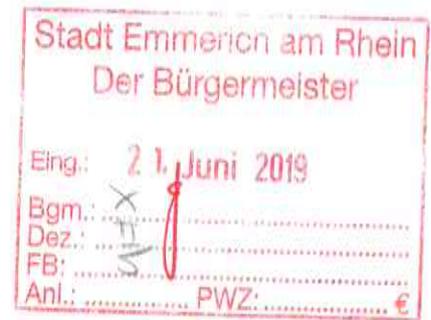


SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands



An den

Bürgermeister der Stadt Emmerich am Rhein
Peter Hinze

und den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Geistmarkt 1
46446 Emmerich am Rhein

Emmerich am Rhein, 17.06.2019

Elektronasen am Rhein

Antrag:

Hiermit beantragt die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Emmerich, der Rat der Stadt Emmerich am Rhein möge beschließen, die Verwaltung der Stadt Emmerich am Rhein zu beauftragen, ein Konzept auszuarbeiten (ein Beispiel liegt diesem Antrag bei), bei welchem sogenannte Elektronasen den Rhein überwachen, um somit eine Kontrolle über illegale Abgasungen zu haben. Ziel dieser Überwachung ist es, dieser illegalen Praxis Einhalt zu gebieten.

Weiterhin soll untersucht werden, ob und wie die EU und/oder der Bund mit in die Verantwortung, Umsetzung und Finanzierung einbezogen werden kann, da es sich beim Rhein um eine internationale Wasserstraße handelt.

Begründung:

1. Tankschiffe auf dem Rhein werden in Zukunft vermehrt kurz vor der niederländischen Grenze während der Fahrt „entgast“, da es in den Niederlanden seit Beginn des Jahres eine solche geforderte Kontrolle gibt (wie in der NRZ vom 13. Juni 2019 zu lesen war). Durch diese illegalen Entgasungen werden schwerwiegende krebserregende Stoffe freigesetzt, ohne dass diese Freisetzung kontrolliert wird. Die Entgasung von Tankschiffen ist sicherlich notwendig.

Es fehlt allerdings an einer Infrastruktur von Entgasungsanlagen, die im Rahmen der Konzeptausarbeitung bei Land und Bund schon gefordert werden sollte.

2. Die Besucher*innen der Rheinpromenade sind aufgrund der vorherrschenden südwestlichen bis nordwestlichen Windrichtungen dem Abgasproblem der Rheinschifffahrt sehr direkt ausgesetzt. Es ist vorrangige Aufgabe der Politik dem Schutzgut Mensch in stärkerer Weise als bislang Rechnung zu tragen. Dies gilt nicht nur für die örtliche Politik, sondern bezieht die Landes- und Bundespolitik mit ein. Das Aufstellen von Messstationen in der Nähe der Rheinpromenade wäre ein erster Schritt für die Sicherheit der Besucher*innen unserer Rheinpromenade.
3. Die beschriebene Praxis der Entgasungen ist absolut gesetzeswidrig. Es gibt ein Verbot und keiner kontrolliert es. Diesem muss ein Ende bereitet werden. Im Jahre 2014 legte das Umweltbundesamt eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung von Abgasreinigungsanlagen vor, in der die Probleme deutlich beschrieben werden.

SPD-Fraktion
Schäffeld

Schäffeld